

Volksrepublikswagen

VW-Werke unausgelastet: Einstieg chinesischer Partner erwogen

Von Michael König

Hat die IG Metall womöglich ein riesiges Eigentor geschossen? Nach einem Bericht des *Handelsblatts* vom Montag scheiterte 2024 ein Einstieg chinesischer Autobauer in deutsche Volkswagen-Werke daran, dass sich Betriebsrat und Gewerkschaft bereit erklärten, dem Abbau von 50.000 Arbeitsplätzen europaweit bis 2030 zuzustimmen. Der Autokonzern hatte zuvor mit Werksschließungen gedroht. Was der Metallgewerkschaft damals als Tabubruch von VW galt, war das am Ende eher eine Bruchlandung der einst stolzen Arbeiterorganisation?

Freilich sollen die Gespräche zwischen dem VW-Management und dem chinesischen Staatskonzern SAIC so geheim gewesen sein, dass die IGM davon keinen Wind bekam und blind in die Falle tappte. Den Inhalt der Verhandlungen wollen laut *Handelsblatt* jedenfalls vier Eingeweihte unter dem Deckmantel der Anonymität preisgegeben haben. Demnach ging es um Joint Ventures mit chinesischer Beteiligung. Konkret soll das VW-Werk Emden im Gespräch gewesen sein. Ein Volkswagen-Sprecher erklärte am Dienstag gegenüber *jW*: »Es gibt derzeit keine Pläne bezüglich der Fertigung chinesischer Fahrzeuge in den europäischen Werken des Volkswagen-Konzerns.«

Aktualität gewann das Thema eines chinesischen Einstiegs bei VW durch eine Äußerung des Nordost-Europa-Chefs Elvis Cheng vom chinesischen Autobauer Xpeng. Der sprach auf dem Auto-Zukunftsgipfel der *Financial Times* in London am Mittwoch vergangener Woche. Die Produktion von Elektrofahrzeugen in Österreich stoße an ihre Grenzen, weswegen man mit Volkswagen und anderen europäischen Autokonzernen über den Kauf von Fabriken spreche. Allerdings seien die VW-Werke »ein kleines bisschen alt« für die moderne chinesische Elektrotechnik. Der VW-Sprecher wies das zurück.

Der deutsche Konzern soll laut diverser Medienberichte dennoch verschiedene Überlegungen angestellt haben, um die Auslastung der deutschen und europäischen Fabriken zu erhöhen. So habe man daran gedacht, für den chinesischen Markt entwickelte Modelle in Europa zu produzieren, damit die Importe der chinesischen Konkurrenz nicht zu stark anschwellen. In einem weiteren Schritt könne man die Werke dann für chinesische Partner öffnen, so VW-Chef Oliver Blume laut einem Bericht der *Wirtschaftswoche* vom vergangenen Freitag.

Demnach sei für Blume der Umstieg auf Rüstungsproduktion an gefährdeten VW-Standorten eine weitere Möglichkeit. Dagegen hatten Beschäftigte mehrerer Volkswagen-Betriebe in einer Resolution protestiert - nach dem Vorbild der Kölner Ford-Werke. [Diese Stimmen waren zuletzt auch in der](#)

[Vorstandsetage der IG Metall laut geworden](#). VW-Gesamtbetriebsratschefin Daniela Cavallo hatte das seinerzeit aber befürwortet.

Konkret wird befürchtet, dass in Osnabrück zukünftig Rüstungsgüter produziert werden. Der VW-Sprecher bezog sich nebulös auf »in den vergangenen Monaten entwickelte verschiedene Fahrzeugkonzepte, um mögliche Marktchancen und Perspektiven auszuloten«, deren Zukunft aber offen sei. Tatsächlich waren auf Rüstungsmessen neue Geländefahrzeuge aus Osnabrück aufgetaucht. Niedersachsens IG-Metall-Sprecher Jan Mentrup sagte gegenüber *jW*, die Gewerkschaft setze dort auf Beschäftigungssicherung. Man wünsche sich keine militärische Produktion, befinde sich aber auch nicht in einem Wunschkonzert.

Die Drohungen aus der VW-Führung sind dennoch unmissverständlich. Ganze 500.000 Autos weniger sollen jährlich europaweit produziert werden. Gerade die Eigentümerfamilien machten sich dafür stark, notfalls auch Fabriken zu schließen, wusste das *Handelsblatt* zu berichten. Das hatten Cavallo, IGM-Chefin Christiane Benner und Niedersachsens IG-Metall-Leiter Thorsten Gröger am Freitag vergangener Woche brüsk abgelehnt. Dass Volkswagen weiter Kapazitäten abbauen will, bestätigte VW gegenüber *jW* allerdings. Dafür suche Konzernchef Oliver Blume jedoch »intelligente Lösungen«, die keine Werksschließungen umfassten. Mit Spannung wird nun die Betriebsversammlung in Wolfsburg am Mittwoch erwartet.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522858.autoindustrie-volksrepublikswagen.html>